

Bürgergeld

Anfang nächsten Jahres kommt das Bürgergeld. Es wird das Arbeitslosengeld II, besser bekannt als Hartz IV, ersetzen, das einst als Teil der sogenannten Agenda 2010 von der rot-grünen Regierung unter Kanzler Gerhard Schröder eingeführt wurde. Nachdem das Bürgergeld letzte Woche zunächst im Bundesrat scheiterte, einigte sich der Vermittlungsausschuss diese Woche auf eine abgeschwächte Version.¹ Lasst uns also einmal gemeinsam nachvollziehen, was ursprünglich geplant war und was Bezieherinnen und Bezieher im Januar erwartet.

Insbesondere SPD und Grüne pochten während der Koalitionsverhandlungen auf eine umfassende Erneuerung des Grundsicherungssystems. Gemeinsam mit der FDP einigte man sich im Koalitionsvertrag auf die Einführung des Bürgergelds mit folgenden Eckpunkten: In den ersten zwei Bezugsjahren sollte das Gesamtvermögen nicht in die ausgezahlten Leistungen miteingerechnet werden. Auch die Angemessenheit der Wohnung sollte in den ersten zwei Jahren noch nicht überprüft werden.

Dazu wollten die Ampelparteien das Schonvermögen im Vergleich zum ALG II erhöhen. Das bedeutet, dass Betroffene mehr eigenes Vermögen erlaubt sein sollte, das bei Bezug des Bürgergelds nicht vom Staat angetastet wird.²

Außerdem sollte der sogenannte Vermittlungsvorrang in Arbeit abgeschafft werden. Dieser sah im Hartz IV-System vor, dass die Vermittlung in Arbeit an erster Stelle steht, auch vor Aus- und Weiterbildungsprogrammen.³

Einer der kontroversten Punkte in der Grundsicherungsdebatte sind die Sanktionen, die auf das Nichtwahrnehmen von Jobs und Weiterbildungen folgen sollten. Hier einigten sich die Ampelparteien zwar auf keine Abschaffung, aber auf eine Vertrauenszeit. In den ersten sechs Monaten sollten Bezieher:innen von jeglichen Sanktionen verschont bleiben.

Außerdem wollte man Zuverdienstmöglichkeiten erleichtern. Konkret sollten Schüler- und Studentenjobs nicht mehr auf die Leistungen angerechnet und der Freibetrag für Auszubildende erhöht werden.²

Der Gesetzentwurf zum Bürgergeld, der vor zwei Wochen vom Bundestag verabschiedet wurde, spiegelt die im Koalitionsvertrag vereinbarten Konditionen weitestgehend wider. Konkret plante die Ampel ein Schonvermögen von 60.000 Euro plus 30.000 Euro pro weiteres Haushaltsmitglied und eine Anhebung der Freibeträge auf 30 Prozent. Außerdem wurde eine Erhöhung der Regelsätze beschlossen. Für Alleinstehende beschloss der Bundestag eine Erhöhung um 53 Euro auf 502 Euro pro Monat im Vergleich zum bisherigen Hartz-IV-Regelsatz.⁴

Die Union hatte jedoch angekündigt, im Bundesrat dem Gesetz nicht zuzustimmen. Man sah insbesondere durch die geplante Vertrauenszeit das Prinzip „Fördern durch Fordern“

¹ <https://www.ndr.de/nachrichten/info/Vermittlungsausschuss-macht-Weg-frei-fuer-Buergergeld,buergergeld136.html>

² https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf (S. 59-61)

³ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/faq-buergergeld-101.html>

⁴ <https://www.n-tv.de/ratgeber/Was-sich-beim-Buergergeld-jetzt-noch-aendert-article23740478.html>

verletzt.⁵ Ohne die Unionsregierungen kommt der Bundesrat jedoch nur auf 30 Stimmen, zur Verabschiedung eines Gesetzes braucht es 35.⁶ Entsprechend scheiterte der Gesetzentwurf vergangene Woche im Bundesrat.⁷ Daraufhin schwenkte die FDP in der Frage der Vertrauenszeit auf Unionskurs um.⁸ Die Ampel gab sich optimistisch, einen schnellen Kompromiss zu finden. Ohne eine baldige Einigung hätte die Einführung des Bürgergelds nicht mehr Anfang des Jahres erfolgen können.

Tatsächlich gelang am Mittwoch dann eine Einigung, bei der sich die Union jedoch in einigen Punkten durchsetzte. Zwar bleibt es bei der geplanten Regelsatzerhöhung, der Anhebung der Freibeträge, der Abschaffung des Vermittlungsvorrangs und dabei, dass Studentenjobs nicht angetastet werden.

Dafür wird es keine Vertrauenszeit geben, Bezieher:innen können also weiterhin von Tag 1 an sanktioniert werden. Statt zwei Jahren bleibt das Vermögen nun nur noch ein Jahr unangetastet, auch die Angemessenheitsprüfung der Wohnung wird schon nach einem Jahr erfolgen. Das geplante Schonvermögen beträgt nur noch 40.000 plus 15.000 Euro pro Haushaltsmitglied.⁴

Roman und ich wollen jetzt die Debatte um das Bürgergeld sowie den finalen Kompromiss besprechen.

⁵ <https://www.merkur.de/politik/prinzip-von-foerdern-und-fordern-aufgegeben-union-kritisiert-ampel-bei-plaenen-zu-hartz-iv-sanktionen-91554434.html>

⁶ <https://www.bundesrat.de/SharedDocs/bilder/DE/galerien/stimmenverteilung-br/zusammensetzung-br.html>

⁷ <https://www.ndr.de/nachrichten/info/Buergergeld-scheitert-im-Bundesrat-Keine-Zustimmung-der-Union,buergergeld116.html>

⁸ <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-11/buergergeld-fdp-vertrauenszeit-bijan-djir-sarai-union>